

Dr. Bellmann Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Chemnitz

Chemnitz, 17. August. Die Wahlkreisleitung der Deutschen Volkspartei teilt uns mit: Die aus allen Teilen des Wahlkreisverbandes stark beachtete Tagung der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Chemnitz...

Die Altsozialisten beteiligen sich nicht an der Wahl

Eine gestern in Dresden abgehaltene Konferenz der Alten Sozialdemokratischen Partei nahm zu den Reichstagswahlen Stellung. Nach einem Referat des Vorsitzenden, Reichshauptmanns Buch, und lebhafter Aussprache wurde folgende Entschliessung angenommen: Die am 17. August in Dresden tagende, von 62 Ortsgruppenbelegierten bestehende Parteikonferenz der A.S.P. bezieht sich für die Reichstagswahl 1930 ihren Anhängern zu empfehlen, ihrer republikanisch-sozialistischen Einstellung entsprechend am Wahltag die Stimme abzugeben.

Die Demokraten schlagen Dr. Kütz vor

Der Wahlkreisverband Ostschlesien der Deutschen Demokratischen Partei hielt gestern in Dresden eine Vertreterversammlung ab, die sich mit der durch die Gründung der Deutschen Staatspartei geschaffenen Lage und der Kandidatenfrage beschäftigte. Die Verhandlungen ergaben den einstimmigen Willen der Vertreter zur Mitarbeit an der Staatspartei. Als Kandidaten für die gemeinsame Liste wurden einstimmig Reichsminister a. D. Dr. Kütz und Frau Dr. Ulich-Bell vorgeschlagen.

Dr. Wirth über Zentrumspolitik

Frankfurt, 17. August. Reichsinnenminister Dr. Wirth sprach hier gestern abend in einer auf belagerten Wählerversammlung. Ausgehend von seiner Reise nach Amerika, seinen Studien in England und deren Ergebnisse auf Deutschland übertragend, berührte der Redner dann die Rheinlandsituation. In ausführlicher Weise behandelte Dr. Wirth weiter die sogenannte Döhlhilfe, die für Schließen von besonderer Bedeutung ist. Die Vorbedingung für die Durchführung der Döhlhilfe seien in erster Linie gesunde Finanzen. Wie auch der neue Reichstag aussehen möge, er werde feststellen müssen, daß die erlassenen Novellierungen nur ein Anfang gewesen seien auf dem Wege der Autoritätsentwicklung. Die Politik des Zentrums beweise, daß das Zentrum im Grunde eine futur-konervative Partei sei.

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen würdigte der Vortragende die Tätigkeit Stresemanns als Politiker und Staatsmann. Nicht erst 1929, sondern mindestens zwei Jahre früher hätte dieser große Mann in die Erhebung treten müssen. In Bezug auf die Höhe der dem Deutschen Volke aufzubehaltenden Lasten hätten sich alle getrennt, Amerikaner, Engländer und Franzosen. Die Arbeitslosigkeit wirke sich in furchtbarer Weise aus. Wenn es uns gelinge, die Sozialgesetzgebung, wenigstens ihr Kernstück, in das Jahr 1931 hindürezuführen, dann sei etwas Großes geleistet worden.

Generaloberst v. Seect nimmt die volksparteiische Kandidatur an

Berlin, 17. August. Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ meldet, hat der Vertretertag der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises 10, Magdeburg-Anhalt, als Spitzenkandidat den Generaloberst von Seect ohne Debatte heute aufgestellt. Generaloberst von Seect hat sich bereit erklärt, die Kandidatur zu übernehmen.

Kommunistischer Reichstagsabgeordneter verhaftet

Bonn, 17. Aug. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hans Kollwitz, der seinen Aufenthalt in Köln hatte, wurde am Sonntag abend in einer Wahlversammlung in Köln-Mülheim auf Grund eines von Berlin kommenden Haftbefehls festgenommen und dem Kölner Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Zwischenfälle in Berlin

Berlin, 17. August. In Charlottenburg wurden vergangene Nacht zwei Angehörige der NSDAP. von politischen Gegnern überfallen und schwer verletzt. Sie wurden ins Krankenhaus geschafft; die Täter sind entkommen.

In Steglitz wurde heute nachmittags ein Zug von etwa 70 Nationalsozialisten wegen Tragens verbotener Uniformen und Abzeichen festgenommen.

Um die gleiche Zeit wurde im Norden Berlins ein Demonstrationenzug der SPD. der verbotene Lieder sang, ohne Zwischenfall aufgelöst.

Eröffnung der Königsberger Jubiläumsmesse

Königsberg, 18. August. Am Sonntagvormittag fand die feierliche Eröffnung der Königsberger Jubiläumsmesse statt. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer bearbeitete die zahlreich erschienenen Ehren Gäste, insbesondere den Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, Ministerialdirektor Dr. Wachsmann, den Vertreter des Reichsministers Treutmann in der Ostpreußen, Dr. Volkmeyer gab dann einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Messe seit 1920.

Darauf übermittelte Ministerialdirektor Dr. Wachsmann die Grüße der Reichs- und preussischen Staatsregierung und führte dann aus: Trotz der günstigen Entwicklung der deutschen Messe vermissen wir im Reich die Notwendigkeit, die aus dem Osten zu uns herüberleuchten. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir versucht, in der Ostpreußen den Anfang zu legen, um neue Kräfte in die östliche Wirtschaft zu bringen.

Für die ostpreussische Landwirtschaft gab der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Brandes, das Versprechen ab, mitzuwirken an dem großen Werk, wie es Ministerialdirektor Dr. Wachsmann skizziert habe. Ich bin der Ansicht, so erklärte Präsident Brandes, daß die Weltmarktlage noch auf lange Zeit nicht wird überwunden werden können, und daß es einer gründlichen internationalen Verarbeitung der Weltmarktlage bedarf. Meine Anregung geht deshalb dahin, daß auf der Königsberger Ostmesse zu dieser internationalen Bearbeitung ein gewisser Aufstoß gegeben wird, und daß man versucht, die Vorarbeiten von hier aus in die Wege zu leiten.

Stürmische Wahlversammlung der Staatspartei

Döpfer-Rschoff und Maheun sprechen in Düsseldorf

Düsseldorf, 17. August. Die Deutsche Staatspartei im Wahlkreisverband Rheinland-Nord veranstaltete am Sonntag im Kaiserhof der Städtischen Tonhalle eine Wahlversammlung. Nach Begrüßungsworten des Wahlkreisverbandsvorsitzers Schulz (Remscheid) nahm als erster Redner

Finanzminister Döpfer-Rschoff

das Wort. Er betonte eingangs die Sehnsucht des deutschen Volkes nach etwas Neuem. Der Redner kam dann auf die Rolle Eugenbergs im Kampf um die Reformen zu sprechen, der im letzten Augenblick versagt habe, und zwar deshalb, weil er die Diktatur und die Verschlagung des preussischen Kabinetts gewollt habe. Nach diesen Worten erhob sich im Saal starker Protest. Der Rärm steigerte sich so, daß Döpfer-Rschoff seine Rede für kurze Zeit unterbrechen mußte. Fortfahrend betonte der Minister, daß sich das deutsche Volk aber aus eigener Kraft ohne Diktatur regieren könne. Der Redner beschäftigte sich dann mit den Parteiumbildungen. Die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Parteiumbildung habe zur Gründung der Deutschen Staatspartei geführt. Wer eine Volksregierung haben wolle, der müsse das parlamentarische System und damit auch die Parteien an sich bejahen. Aber Vereinfachung sei hier notwendig. Starke verantwortungsbewusste Parteien als Ausdruck der in einem großen Volk lebenden Strömungen und Bestrebungen seien erforderlich. Wer aber alles zusammenfallen wolle, wie das in Italien in der faschistischen Partei der Fall sei, der rufe nach Diktatur. Eine derartige Einheitspartei liege nicht im Sinne der Deutschen Staatspartei, sondern das wäre ein Instrument der Diktatur.

Hier kam es wieder zu lautem Rärm.

Dieser hielt an, bis sich der Versammlungsvorsitzende durchsetzen konnte. Darauf setzte der Minister seine Ausführungen

fort. Die radikalen Elemente auf der Linken und Rechts, Kommunisten, Otter und Eugenbergs, mühten im Laufe der nächsten Jahre niedergerungen werden. Nichts sei falscher, als daß er — Döpfer-Rschoff — nicht den Kampf gegen die Sozialdemokratie wolle. Er erklärte wörtlich: „Auch ich will den Kampf gegen die Sozialdemokratie, weil sie sich in den letzten Jahren und Monaten den Bedürfnissen des Staates schlechthin verweigert hat. Was ich gegenüber Dr. Schulz abgelehnt habe, war, daß ein Bürgerblock, ein Hindenburgblock, gebildet werden soll, und daß man die Sozialdemokratie nicht anerkennen wolle als Partei.“

Darauf sprach der Führer des Jungdeutschen Ordens, Maheun,

der u. a. ausführte: Der heute im politischen Kampf unseres Volkes seine Pflicht tun wolle, der müsse sich zunächst darüber klar sein, welches denn die Hauptsache in unserem Kampfe sei. Diese liege begründet in der Lage des Deutschen Reiches angesichts der Ereignisse in der Welt. Auf der einen Seite sehe man die Macht des angelsächsischen Kapitals erstehen, das nach der deutschen Wirtschaft greife, auf der anderen Seite sehe man den Bolschewismus. Das Ziel der Macht-haber in Moskau gehe nicht allein dahin, die kommunistische Bewegung nach Deutschland hineinzutragen, sondern über Deutschland hinaus die ganze Welt mit dem Kommunismus zu erfassen. Denn wenn Deutschland erst einmal ihm zum Opfer gefallen sei, sei die Welt für Moskau reif. Hier gelte es, alle Kräfte einzusetzen, um einen Staat zu schaffen, der die selbständige Deimat der Nation sei und der außerhalb und über den Debatten stehen müsse, weil er uns allen geböre. In der neuen Entwicklung gehöre vor allem Idealismus, ohne den keine Staatsbürgerpartei möglich sei.

Kürzung der englischen Arbeitslosenlöhne

1,2 Milliarden Defizit der Versicherung - Plan eines Sollausschlags

London, 17. Aug. In London findet am Montag eine Konferenz von Kabinettsmitgliedern mit Lord George und zwei anderen liberalen Führern statt, die der Erörterung der durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit entstandenen Notlage gilt. Die Regierung sieht sich nach der unerwartet schnellen

Überschreitung der Zweimillionengrenze der Arbeitslosenlöhne

früher als erwartet vor die Frage gestellt, entweder durch neue Steuern neue Mittel für die Arbeitslosenversicherung zu finden, oder durch eine allgemeine Herabsetzung der Unterstützungssätze die Ausgaben zu vermindern. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Regierung eine Verschärfung der Arbeitslosenunterstützungssätze um 2 Schilling je Woche erwägt in Erwägung zieht.

Der Arbeitslosenversicherungsfonds ist jetzt bereits um 1,2 Milliarden Mark überzogen, für die Zinsen bezahlt werden müssen. Liberalen Politikern wird der Plan zugeworfen, durch

Einführung eines Sollausschlags

in Höhe von 10 Prozent für alle eingeführten Fertigwaren

neue Einnahmen zu schaffen. Snowden und andere arbeiterteilische Führer sollen hierin jedoch den ersten Schritt zur Uebernahme des Schutzollgedankens sehen und den Vorschlag daher ablehnen.

Afrikanische Spionage in Beshawar

London, 17. August. Die Verhängung des Kriegsrechts im Bezirk Peshawar ist, wie der militärische Mitarbeiter der „Sunday Express“ berichtet, durch die erhöhte Spionagetätigkeit notwendig geworden. Peshawar selbst sei mit Afrikanischen Spionen überfüllt, die sämtliche Bewegungen der britischen Militärtruppen und die Verteilung der Truppen den aufständischen Stämmen auf bisher ungeklärte Art mitteilen.

Von der indischen nationalen Presse wird jede Verantwortung für die Unruhen an der Grenze abgelehnt. Es wird im Gegenteil behauptet, daß die Vorgänge an der Grenze außerordentlich übertrieben würden, um einen Vorwand für die Bekämpfung der politischen Bewegung zu schaffen und auf diese Weise Uneinigkeit in das indische Lager zu bringen.

Polen lehnt Grenzregulierung schroff ab

Eine amtliche Erklärung

Warschau, 17. August. Im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Auseinandersetzung wegen der Rede des Reichsministers Treutmann bringt der „Express Poranny“ eine amtliche Erklärung, in der es u. a. heißt:

Jede Regierung müsse sich in der bestmöglichen Form gegen Ausgehungen auswärtiger Staaten wenden, die sich gegen die Unantastbarkeit ihres Landes richteten. Vermutlich sehe auch die Reichsregierung auf demselben Standpunkt. Im gegebenen Falle habe der Protest der polnischen Regierung einen besonders entschiedenen Charakter angenommen, weil es sich um die Erklärung eines Mitgliedes der Reichsregierung handelte und dies in einer Form, die den Widerspruch auch bei jenen hervorgerufen mußte, die für eine aufrichtige und friedliche Zusammenarbeit eintreten. Alle polnischen Regierungen hätten niemals eine Gelegenheit verkannt, darauf hinzuweisen, daß alle Ansprüche der deutschen Seite bezüglich der Grenzveränderung, welchen Weg sie auch erwägen möge, immer dem unabweislichen Widerspruch des gesamten polnischen Volkes begegnen werden.

Der „Express Poranny“ fügt hinzu, daß diese amtliche Erklärung den Standpunkt Polens in einer so klaren Weise ausdrückt, daß alle Erwartungen auf die friedliche Revision der polnischen Grenze als Beweis der Unwissenheit oder des bösen Willens betrachtet werden müßten.

Neue Kampfmaßnahmen gegen ostpreussische Bauern

Königsberg, 17. Aug. Die bereits gemeldete Ostpreussenklaffung der vier ostpreussischen Bauern ist noch nicht der Abschluss des Vorgehens gegen die ostpreussische Bauernbewegung. Sie ist lediglich erfolgt, weil das Beschwerdegericht der Strafkammer des Oberlandesgerichts Königsberg, der Einwendung des Verteidigers Dr. Vietgenbrune Rechnung trug, daß man noch niemals in einem einzigen Fall davon gehört habe, daß grundangelegene Bauern den angefallenen Besitz, ihre Familie und ihre Familienvermögenssachen im Stich gelassen hätten, um sich der Strafverfolgung wegen eines Befreiungsvergehens durch die Flucht zu entziehen. In Ostpreußen ist man allgemein der Auffassung, daß die Verhaftungen schon längere Zeit vorher aus politischen Gründen ins Auge gefaßt waren. Mit Bestimmtheit wird folgendes berichtet: Ein höherer Regierungsbeamter kam nach Beendigung des Infolge der Willkürer Zwangsversteigerung ausgebrochenen Tumultes zur Gerichtshalle und erkundigte sich: „Ist auch der Hofbesitzer Doepner sein bekannter Bauernführer in Ostpreußen mit verhaftet?“ Auf die bejahende Antwort der Polizeibeamten erklärte er: „Ja, dann ist ja alles in Ordnung!“

Mit den Verhaftungen sollte offenbar die gesamte ostpreussische Bauernbewegung getroffen werden. Man geht davon aus, daß in ihr eine organisierte Geschlossenheit vorhanden sei, die absichtlich Vollstreckungen im bäuerlichen Besitz, namentlich wegen Steuerrückständen, verhindern wolle. Deshalb ist jetzt auch eine

Strafverfolgung gegen einige zwanzig angelegene Bauernführer Ostpreußens eingeleitet.

Durchsuchungen und Beschlagnahmen haben unter der Behauptung einer Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung, eines Vergehens nach § 129 StGB. stattgefunden. Man wird nun abwarten müssen, welchen Erfolg die Regierung auf Grund dieses Vorgehens gegen die Bauern haben wird, nachdem es sich im Ipehoer Landvolksprotest erwiesen hatte, daß das Republikanische und die Steuernotverordnung keine geeigneten Grundlagen zur Bekämpfung der Landvolkbewegung waren.

Kampf um die Vorherrschaft in Genf

England und Frankreich in Konkurrenz - Die freiwerdenden Ratssitze

Genf, 17. Aug. Die Neuwahlen zum Völkerbundsrat, die die Septemberversammlung des Völkerbundes vorzunehmen hat, sind diesmal festig umritten. Um die drei frei werdenden Sitze Kanadas, Kubas und Finnlands bewerben sich schon jetzt sieben Staaten: Norwegen, Guatemala, China, Belgien, Portugal, Griechenland, Irland. Norwegen wird sicher den finnischen Sitz erhalten, da nach einer Art Gewohnheitsrecht die nordischen Staaten jeweils Anspruch auf den freiwerdenden Sitz im Völkerbundsrat haben. Auch die Wahl Guatemalas als einem der drei lateinamerikanischen Vertreter im Rat dürfte sich ohne große Reibungen vollziehen. Vollkommen offen sind dagegen die Aussichten für den dritten Sitz. Dieser Platz war schon 1927 Gegenstand eines heftigen Kampfes zwischen England und Frankreich. Damals ist Belgien zugunsten des englischen Dominions Kanada aus dem Rat hinausgewählt worden. Auch jetzt wird England diesen Sitz nur einem unbefugten engländischeren Anwärter überlassen. Aus diesem Grunde kommt die Kandidatur Belgiens, Irlands, Griechenlands und Chinas nur sehr bedingt in Frage. Gegen Portugal spräche die Tatsache, daß mit Spanien bereits einer der beiden iberischen Staaten im Rat vertreten ist. Angesichts dieser Schwierigkeiten spricht man von einer achten Kandidatur, nämlich derjenigen Südafrikas, das im September in Genf zum erstenmal durch seinen Ministerpräsidenten General Herzog vertreten sein wird. Die Kandidatur Südafrikas hält man für aussichtsreich, weil sie ohne weiteres die Zustimmung Englands und seiner Dominions und zahlreicher anderer Mitgliedsstaaten finden wird und zudem als ein neues Bekenntnis des Universalitätsgrundsatzes gelten könnte, weil durch diese Wahl auch Afrika neben Europa, Asien und Amerika einen Platz im Rat erhalten würde.

Für den Vorsitz in der Vollversammlung des Völkerbundes besteht bisher nur eine einzige Kandidatur, die des finnischen Ratserreters Procope.

Frankfurter Nord. Im Kreise Paronowitsch hat der 21-jährige Sizzo fünf Familienmitglieder, einschließlich seiner Mutter, ermordet. Nach der Morthat zündete er die Wirtschaftsgelände an, in deren Kammern noch ein schlafender Rnecht umkam.

„Das Wollan ist mir einmalig - Mein Mantel ist von Lotensung.“